



Ungarn:

Staatlich geförderter Rassismus

Das Asylsystem in Ungarn droht zu kollabieren, da die Flüchtlingszahlen immer weiter ansteigen. Marc Speer von bordermonitoring.eu e.V. berichtet über die derzeitige Situation von Flüchtlingen in Ungarn und die drastischen Maßnahmen, mit denen die ungarische Regierung die Migration nach Ungarn stoppen will. Ein Interview von Agnes Andrae

In Ungarn ist die Zahl der Asylsuchenden in der letzten Zeit rasant gestiegen. Wie ist die aktuelle Situation?

Im letzten Jahr gab es in Ungarn über 40.000 Asylanträge. Damit hat sich die Zahl innerhalb von nur zwei Jahren verzwanzigfacht. Und die Zahlen steigen weiter: Allein bis Mai diesen Jahres gab es bereits über 50.000 Asylanträge. Anfang diesen Jahres waren es vor allem Personen aus dem Kosovo, die in Ungarn einen Asylantrag stellten. Deren Anteil ist allerdings

neuerdings stark rückläufig. Mittlerweile kommt die überwiegende Mehrheit der Flüchtlinge aus Afghanistan und Syrien. Dem stehen gerade einmal 2.000 Plätze in den offenen Aufnahmeeinrichtungen und 500 Plätze in der sogenannten Asylhaft gegenüber. Für Flüchtlinge, die einen Schutzstatus in Ungarn erhalten haben, gibt es sogar nur knapp über 100 Plätze in zwei kirchlichen Projekten. Die meisten Flüchtlinge, die nach Ungarn kommen, reisen innerhalb weniger Tage weiter in einen der restlichen Schengen-

staaten. Würden sie dies nicht tun, wäre das ungarische Aufnahmesystem bereits komplett kollabiert.

Auf welchen Wegen kommen die Flüchtlinge nach Ungarn?

Der Großteil reist über die Türkei nach Griechenland. Von dort aus überschreiten sie zunächst die Grenze nach Mazedonien. In etlichen Interviews berichten uns Flüchtlinge davon, dass sie Mazedonien zu Fuß in Richtung Serbien durchquert haben, nicht selten entlang der Bahngleise.



Marc Speer arbeitet als Migrationsforscher für bordermonitoring.eu in Budapest



Plakat oben:

„Wenn du nach Ungarn kommst, musst du unsere Kultur respektieren!“

Plakat unten:

„Wenn du nach Ungarn kommst, darfst du den Ungarn keine Jobs wegnehmen!“



„Die Abschiebung wurde abgesagt“

GIEßEN 20.2.2015
 Im Februar 2015 fanden sich um 4:30 Uhr morgens 200 Menschen vor einer Flüchtlingsunterkunft in Gießen ein, der Eingang ist blockiert. Ihr Ziel: Die Abschiebung eines 19-jährigen Flüchtlings aus Eritrea zu verhindern. Die Behörden wollten ihn nach Italien abschieben. Schließlich großer Jubel: „Die Abschiebung wurde abgesagt“ wird verkündet. Die Initiative „RASSISMUS TÖTET“ hatte über facebook zu der Aktion aufgerufen.<

Hintergrund ist, dass es Flüchtlingen in Mazedonien bis vor Kurzem nicht erlaubt war, öffentliche Transportmittel wie Busse oder Züge zu benutzen. In der süd-mazedonischen Stadt Demir Kapija hat sich daher seit einiger Zeit ein schwunghafter Handel mit Fahrrädern entwickelt, die von der lokalen Bevölkerung für den doppelten Preis an Flüchtlinge verkauft wurden. Dass die Leute zu Fuß oder mit dem Fahrrad durch Mazedonien reisen, spricht übrigens auch gegen die These, dass nahezu alle Reisen von hochkriminellen, transnational operierenden Schleuserbanden organisiert werden. In Serbien ist die Situation so, dass die meisten Flüchtlinge Busse bzw. Taxis nutzen und von diesen in die Nähe der Grenze zu Ungarn gebracht werden, die sie dann mithilfe von Google Maps in Gruppen von drei bis zwanzig Personen in der Nacht überqueren.

Wie ist die Situation von Dublin-Rückkehrerinnen und Rückkehrern in Ungarn?

Im Juli letzten Jahres wurde in Ungarn die sogenannte Asylhaft eingeführt. Das bedeutet, dass die ungarische Migrationsbehörde Asylsuchende aus insgesamt sechs verschiedenen Gründen bis zu sechs Monate inhaftieren kann. Einer dieser Haftgründe zielt darauf ab, dass Asylsuchende inhaftiert werden können, wenn die Gefahr besteht, dass sie sich dem Asylverfahren entziehen. Für Leute, die Ungarn bereits einmal verlassen haben, trifft das natürlich zu. Insofern ist die Wahrscheinlichkeit, dass Dublin-Rückkehrerinnen und Rückkehrer nach ihrer Ankunft in Ungarn sofort inhaftiert werden relativ hoch. Gegenwärtig ist die Situation allerdings so, dass Ungarn maximal zwölf Personen täglich aus den restlichen Dublin-Staaten zurücknimmt. Es überrascht daher kaum, dass im ersten Quartal

2015 gerade einmal 42 Personen aus Deutschland nach Ungarn überstellt wurden, obwohl im selben Zeitraum 2.952 Übernahmearbeitersuchen an Ungarn gerichtet wurden. Vor Kurzem hat die ungarische Regierung sogar offiziell erklärt, das Dublin-Abkommen einseitig aufzukündigen und überhaupt niemanden mehr zurückzunehmen. Allerdings musste diese Ankündigung aufgrund des Drucks aus den anderen Staaten bereits einen Tag später wieder zurückgezogen werden. Dennoch halte ich es für absolut unrealistisch, dass Ungarn in der nächsten Zeit tatsächlich zehntausende Asylsuchende aus den anderen Dublin-Staaten zurücknehmen wird. Nur werden sie es halt nicht nochmal offiziell verkünden, sondern auf eine Lösung im Stillen setzen, also über unkooperatives Verhalten gegenüber den anderen Dublin-Units einen Fristablauf für die Überstellungen provozieren. Faktisch hat die permanente

Foto: Marc Speer

unkontrollierbare Bewegung der Migration zum totalen Scheitern der Dublin-Verordnung geführt. Nur sagen möchte oder darf man das halt nicht.

Kannst du noch was zu den geplanten Maßnahmen der ungarischen Regierung sagen, um die Zahl der Flüchtlinge in Ungarn zu senken? In dem Medien war kürzlich die Rede von der Errichtung eines Zauns an der serbisch-ungarischen Grenze.

Dass ein vier Meter hoher Zaun an der insgesamt 175 Kilometer langen serbisch-ungarischen Grenze errichtet werden wird, ist bereits beschlossen. Weiterhin hat die ungarische Regierung vor einiger Zeit eine sogenannte nationale Befragung durchführen lassen, bei der alle ungarischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürger einen Fragebogen erhalten haben, den sie dann an die Regierung zurückschicken sollten. Aber eigentlich war das kein Fragebogen, sondern über Suggestivfragen vermittelte rassistische Propaganda, in der die Themen Terrorismus und irreguläre Migration auf übelste Art und Weise vermischt wurden. Eine der Fragen war: „Manche sagen, dass die fehlgeleitete Einwanderungspolitik Brüssels zum Anwachsen des Terrorismus führt. Stimmen Sie damit überein?“. Die letzte der insgesamt 12 Fragen war: „Stimmen Sie mit der ungarischen Regierung überein, anstelle Mittel für die Einwanderung bereit zu stellen, dass wir ungarische Familien und die Kinder, die noch geboren werden, unterstützen sollten?“. Weil der Rücklauf allerdings mehr als mau war, hat die Regierung eine landesweite Plakatkampagne gestartet. Auf diesen Plakaten hieß es beispielsweise: „Wenn du nach Ungarn kommst, darfst du den Ungarn

keine Jobs wegnehmen“. All dies muss sicherlich so gewertet werden, dass sich die ungarische Regierung Rückhalt in der Bevölkerung verschaffen möchte, nicht nur für den Bau des Zauns sondern auf für weitere Maßnahmen gegen irreguläre Migrantinnen und Migranten. Im Gespräch ist aktuell, Serbien zum sicheren Drittstaat zu erklären, das Inhaftierungsregime auszuweiten und Asylsuchende zur Zwangsarbeit zu verpflichten. Voraussichtlich werden diese Maßnahmen auch den gewünschten Erfolg haben: Die Asylantragszahlen in Ungarn werden in nächster Zeit sicherlich wieder sinken. Allerdings wird dies auch nicht dazu führen, dass die Flüchtlinge in Griechenland bleiben. Sie werden sich nur andere Wege suchen: Beispielsweise über Kroatien.

Was heißt das für Dublin als Ganzes?

Das System Dublin steckt aktuell in einer nicht zu lösenden Krise, die Leute lassen sich eben nicht einfach über einen Fingerabdruck dauerhaft an das Land ihrer Einreise festkleben. Es steht zu hoffen, dass auch die Nationalstaaten und die EU dieses Faktum endlich akzeptieren und tatsächliche Lösungen erarbeiten, die auch den Interessen und Bedürfnissen der Betroffenen gerecht werden.<



Kinder geben Anstoß für Abschiebungsblockade

ERFURT 23.2.2015
In Erfurt wurde die Abschiebung einer Familie aus Kambodscha verhindert. Kinder gaben den Anstoß für die Aktion: Eines der betroffenen Kinder erzählte einem anderen Kind in der Schulklasse von der drohenden Abschiebung nach Tschechien – und das rief seine Eltern auf den Plan, die sich in der Initiative Roma Thüringen engagieren, einer Initiative gegen Abschiebungen und Ausgrenzung von Flüchtlingen. 100 Menschen fanden sich daraufhin vor der Flüchtlingsunterkunft ein. Die Familie erhielt Kirchenasyl.<